

Datum: 17. Dezember 2017 um 22:03:39 MEZ

An: Klaus Langer <klauslanger@kabelmail.de>

Betreff: Antrag

Antragsentwurf

Zukunftsfähige Lösung für das Neuköllner Blumenviertel

Das Abgeordnetenhaus möge beschließen

Der Senat wird aufgefordert, für das Siedlungsgebiet Neuköllner Blumenviertel in Zusammenarbeit mit den Anwohner*innen eine Lösung zu finden, die sowohl Ewigkeitskosten für das Land vermeidet als auch die Risiken für die Bewohner*innen und Eigentümer*innen durch steigendes Grundwasser reduziert. Dabei sind die wasserrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Das Abgeordnetenhaus begrüßt in diesem Zusammenhang das Pilotprojekt der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, einen privatrechtlichen Verein/Verband zu etablieren, der Planung, Bau und den Betrieb einer neuen Brunnenanlage beauftragt und begleitet.

Dabei ist folgendes zu berücksichtigen:

1. Es besteht kein Anspruch auf ein staatliches Grundwassermanagement, dennoch müssen die Risiken im Zusammenhang mit der Übernahme bzw. des Neubaus und des Betriebs einer Brunnenanlage durch einen zu gründenden Verein vermieden werden.
2. Die existierende Brunnenanlage wird über das geplante Abschaltdatum hinaus bis zu ihrem natürlichen Ende oder Errichtung einer neuen Anlage mit Unterstützung des Senats und der Berliner Wasserbetriebe weiterbetrieben.
3. Der für den Betrieb der Brunnenanlage zu gründende privatrechtliche Verein bzw. Verband wird unter aktiver Hilfestellung der Beteiligung des Senats gegründet.

Sorgen der Anwohnerinnen und Anwohner im Hinblick auf Haftungsfragen und praktische Fragen der Verbandsorganisation sind ernst zu nehmen. Es muss deshalb bei der rechtlichen Konstruktion geprüft werden, inwieweit eine dauerhafte Beteiligung des Senates oder des Bezirkes helfen kann, Risiken zu mindern. Der Senat wird daher mit Beteiligung der Anwohner*innen eine Satzung für den Verein entwerfen, die den rechtlichen Bedenken der Anwohner*innen Rechnung trägt.

Der Senat wird aufgefordert, bei der Suche nach einer privatrechtlichen Konstruktion eine Lösung zu finden, die ein etwaiges Problem mit „Trittbrettfahren“ minimiert bzw. ausschließt.

4. Für soziale Härtefälle ist eine entsprechende Unterstützung durch den Senat und Bezirk zu prüfen.

Von meinem iPad gesendet